

Perestrojka

Die Umgestaltung des sowjetischen Wirtschaftssystems

H. G. Jiří Kosta, geb. 1921 in Prag, Diplom-Volkswirt (Prag), Dr. rer. pol. (Promotionen: Prag und Bremen), engagierter Reformier in der ÖSSR vor 1968, Forschungstätigkeit in Wien (1969) und München (1970), ist seit 1971 Professor für Volkswirtschaftslehre (Schwerpunkt: Sozialistische Wirtschaftssysteme) an der Universität Frankfurt.

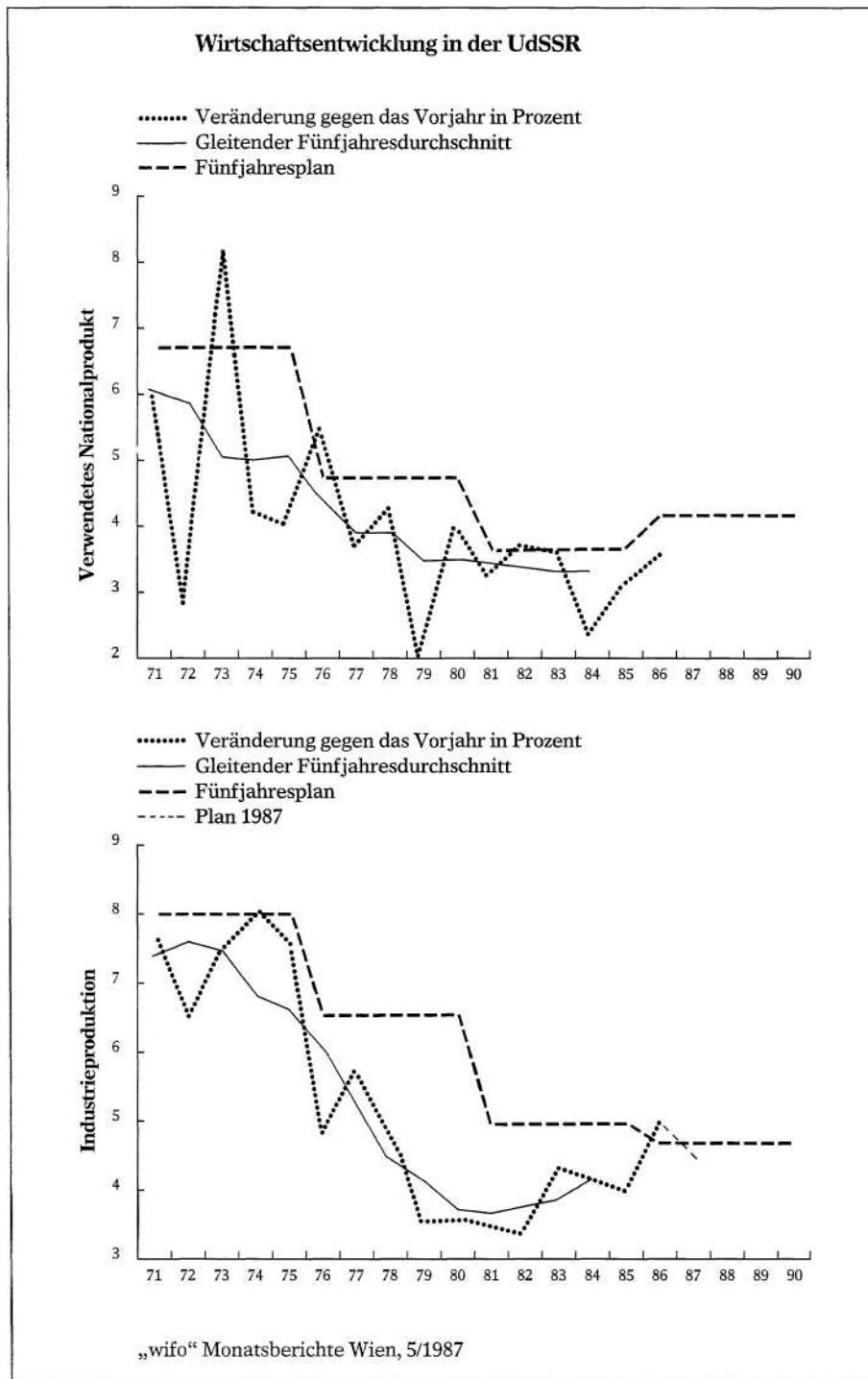
„In einer bestimmten Etappe begann das Land an Entwicklungstempo zu verlieren, es begannen sich Schwierigkeiten und ungelöste Probleme zu häufen, es kam zu Stagnations- und anderen dem Sozialismus fremden Erscheinungen. Das alles wirkte sich ernsthaft auf die Wirtschaft sowie auf die sozialen und geistigen Sphären aus. [...] Die Ursachen dieser Verlangsamung liegen in ernstesten Funktionsmängeln der Einrichtungen der sozialistischen Demokratie, in veralteten, zuweilen auch realitätsfremden politischen und theoretischen Prinzipien sowie in einem konservativen Leitungsmechanismus.“¹

Dies waren die Worte Gorbatschows, die er am 27. Januar an die Mitglieder des Zentralkomitees der KPdSU richtete, um zur konsequenten „Umgestaltung“ der sowjetischen Wirtschaft und Gesellschaft aufzurufen. Wenn wir uns an Hand der Grafik den alarmierenden Niedergang des Wachstums der Sowjetwirtschaft in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten (1971 - 1985) ansehen, dann nimmt die folgende Kritik des Generalsekretärs nicht wunder: „Das Wachstumstempo des Nationaleinkommens verringerte sich in den vergangenen drei Planjahrfünften um mehr als die Hälfte. Seit Anfang der siebziger Jahre wurden die meisten Plan-Kennziffern nicht erfüllt. Die Wirtschaft war Neuerungen gegenüber wenig aufgeschlossen und schwerfällig. Die Qualität eines erheblichen Teils der Erzeugnisse entsprachen nicht mehr modernen Ansprüchen, und die Disproportionen in der Produktion verschärften sich.“²

Nun könnten westliche Kritiker, die den Erfolg der wirtschaftlichen Entwicklung nicht in hohen Wachstumsraten sehen wollen, die ökonomische Situation in der Sowjetunion als relativ günstig einschätzen: Immerhin bewegte sich das Entwicklungstempo kontinuierlich oberhalb der Nullgrenze (Grafik). Diesen Einwänden muß jedoch entgegengehalten werden, daß der Nachholbedarf in der UdSSR angesichts des niedrigen industriellen Reifegrades und des unbefriedigenden Versorgungsniveaus immer noch eines

1 M. Gorbatschow, Die Rede: „Wir brauchen die Demokratie wie die Luft zum Atmen“, *rororo* aktuell, 1987.

2 Ebenda.



erheblichen Wachstums bedarf. Die in der folgenden Tabelle wiedergegebenen Daten machen die Klagen von Gorbatschow über „konservative Haltungen, Trägheit, das Bestreben, alles vom Tisch zu wischen, das nicht in die gewohnten Schemata paßte, und die mangelnde Bereitschaft zur Lösung der herangereiften sozialökonomischen Fragen“³ nur allzu verständlich. Zweifellos besteht ein ursächlicher Zusammenhang zwischen den ungünstigen Entwicklungstendenzen einerseits und den unzureichenden Konsequenzen, welche die alte Führung des Landes daraus gezogen hat.

Die Hauptprobleme des Entwicklungstrends in den vergangenen zwei Jahrzehnten zeigt die folgende Tabelle:

- Das Produktionswachstum von Konsumgütern und insbesondere von Agrarprodukten verlangsamt sich überdurchschnittlich.
- Der Produktivitätsanstieg war rückläufig.
- Die Arbeitseinkommen nahmen immer langsamer zu.

Jahresdurchschnittliches Wachstum der sowjetischen Volkswirtschaft in Prozent 1966-1986

	1966-1970	1971-1975	1976-1980	1981-1985 ¹	1986
Produziertes Nationaleinkommen	7,7	5,7	4,1	3,5(4,0)	4,1
Industrieproduktion	8,4	7,4	4,4	3,7(4,7)	4,9
darunter Konsumgüter	8,3	6,5	3,8	3,9(4,8)	4,0
Agrarproduktion	3,8	2,5	1,1	1,1(4,0)	5,1
Arbeitsproduktivität	6,8	4,6	3,2	3,1(3,5)	3,8
Löhne und Gehälter	4,7	3,7	2,9	2,4(2,8)	2,7

¹ In Klammern das Plansoll (11. Fünfjahrplan: 1981 -1985).

Quellen: Statistische Jahrbücher der UdSSR sowie sowjetische Planfüllungsberichte, übernommen in Veröffentlichungen des Bundesinstitutes für ostwissenschaftliche Studien, Köln, und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin.

Bedenkt man, daß die in der offiziellen Statistik ausgewiesenen Zahlen eher überzogen sind und daß bei einem Bevölkerungswachstum von fast einem Prozent die entsprechenden Pro-Kopf-Daten niedriger liegen, dann ist die Kennzeichnung der Lage durch den von Gorbatschow verwendeten Begriff der „Stagnation“ durchaus zutreffend.

Frühere Reformbestrebungen in der Sowjetunion

Die Notwendigkeit, das bestehende sowjetische Wirtschaftssystem zu reformieren, ist bereits der vergangenen Parteiführung bewußt gewesen. Damals war allerdings die Rede von der erforderlichen „Vervollkommnung“ der Planung, jedoch nicht von einer Systemreform. So sind auch die unter Breschnew 1980 eingeleiteten Maßnahmen - ähnlich wie die 1965 angestrebte Industriereform - nicht über die Grenzen des direktiven Planzentrismus hinausgegangen: Die vollzugsverbindlichen Kennziffern, die der Betrieb von den über-

³ Ebenda.

geordneten Behörden zugewiesen erhielt, wurden reduziert und stärker auf Effizienzsteigerung hin konstruiert (zum Beispiel Produktivität und Rentabilität anstelle von Mengenmaximierung).⁴ Auch die Experimente, die später während des „Andropow-Interregnums“ (1982 bis 1984) in ausgewählten Unternehmungen eingeleitet und unter Tschernenko (1984/85) auf größere Teile der sowjetischen Industrie übertragen worden sind, beinhalteten kaum größere Freiräume für die Betriebe und deren Mitarbeiter als zuvor. Schließlich wurden zu Beginn der Ära Gorbatschows (1985/86) diese Versuche auf mehr als 50 Prozent der Industrie- und Dienstleistungsunternehmen ausgedehnt und unter der Bezeichnung „Ökonomisches Experiment großen Maßstabs“ in einigen Richtungen vertieft⁵:

- Der finanzielle Spielraum der Betriebe wurde erweitert.
- Neue Anreizinstrumente, wie beispielsweise ergebnisabhängige Prämien, wurden eingeführt.
- Das Gewicht der Abnehmerbetriebe gegenüber den Produktionsunternehmen wurde verstärkt.
- Besondere Anstrengungen und Maßnahmen zielten auf Einsparung von Rohstoffen, Material, Energie und Arbeitskräften.

Wenn trotz aller bisherigen Maßnahmen die angestrebte Wende zu einer ressourcensparenden, auf technischen Fortschritt basierenden Entwicklung – „vom extensiven zum intensiven Wachstumspfad“ - ausblieb, dann lag dies an der Inkonsequenz der Reform. Dies mag durch die folgende Frage verdeutlicht werden: Wie kann ein Pilotbetrieb, der nunmehr über größere Finanzierungsspielräume verfügt, die erweiterten Kompetenzen nutzen, wenn ihm die wichtigsten Produktionsmittel - Grundstoffe, Energie und Investitionsgüter - immer noch zentral zugeteilt werden?

Gorbatschows Ansätze zu einer Industriereform

Bewegen sich die bisherigen Maßnahmen in der sowjetischen Industrie weitgehend im Rahmen des zentralistischen Planungssystems, so sind vor kurzem in zwei anderen Wirtschaftsbereichen marktwirtschaftliche Lenkungselemente eingeführt worden. Das erste Beispiel betrifft das städtische Kleingewerbe. Hier kann auf Grund eines Ende 1986 verabschiedeten Gesetzes⁶ Berufstätigen in ihrer Freizeit sowie Rentnern, Hausfrauen und älteren Schülern eine Genehmigung zur privaten Gewerbetätigkeit (Reparaturhandwerk, Imbißstuben, Auto-Taxis etc.) erteilt werden, allerdings ohne daß Lohnabhängige eingestellt werden. Der Grund für diesen Schritt: Der staatliche und genossenschaftliche Sektor hat die Versorgung mit den entsprechenden Dienstleistungen nicht bewältigt.

4 H.-H. Höhmann, Veränderungen im sowjetischen Wirtschaftssystem, in: H. Vogel (Hg.) Wirtschaftsprobleme Osteuropas in der Analyse, Berlin (West), 1982.

5 G. Seidenstecher, Das „Ökonomische Experiment großen Maßstabs“ in der sowjetischen Wirtschaft, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 36 u. 37/1986.

6 Das Gesetz trat zum 1. 5. 1987 in Kraft (Neue Züricher Zeitung v. 20. u. 21.11.1987).

Der zweite Reformansatz betrifft die Landwirtschaft.⁷ Neben den bereits früher bestehenden Privatparzellen in den Genossenschaftsbetrieben (Kolkhosen) und Staatsgütern (Sowchosen) geht es diesmal um eine generelle Anhebung der Agrarpreise bei gleichzeitiger Herabsetzung der Lieferquoten. Den Betrieben wird neuerdings freigestellt, über ihre überplanmäßige Produktion frei zu verfügen, sei es diese für den Eigenverbrauch zu nutzen oder sie bei zusätzlich erhöhten Preisen zu vermarkten. Schließlich werden einzelnen Arbeitsgruppen sowie den Familienhaushalten erweiterte Entscheidungsspielräume gewährt. Die Erfolge der landwirtschaftlichen Produktion im Jahre 1986 (siehe Tabelle) sind wohl nicht zuletzt auf diese Maßnahmen zurückzuführen.

Die wichtigsten Ansätze zu einer Industriereform sind in einem Gesetzentwurf über das staatliche Unternehmen enthalten, der - wie die jüngsten Diskussionen zeigen - in seinen wesentlichen Zügen in den Jahren 1988/89 Gesetzeskraft erlangen soll. Es sollen deshalb im weiteren die wichtigsten Punkte dieses Vorschlags kurz skizziert werden.⁸

- Unter der Parole der „vollen wirtschaftlichen Rechnungsführung“ wird jedem sowjetischen Produktions- und Dienstleistungsunternehmen, wie dies bereits bei den experimentierenden Industriebetrieben der Fall war, vom Staatshaushalt „abgenabelt“, das heißt der Betrieb hat seine Ausgaben durch eigene Einnahmen zu decken; Subventionen sind in der Regel ausgeschlossen, ja sogar Insolvenzen sollen bei „langanhaltender Verlusthaftigkeit und Zahlungsunfähigkeit“ möglich werden (wobei die betroffenen Beschäftigten mindestens zwei Monate im voraus benachrichtigt und währenddessen neue Arbeitsplätze gefunden werden sollen).
- Der Logik der Selbstfinanzierung entsprechend stellt der Gewinn (nach Zahlung der Steuern und Abgaben sowie Bankzinsen), zusammen mit den Löhnen und Gehältern, das verfügbare Einkommen des Unternehmens. In einer festen Relation zu diesem verfügbaren Einkommen (nach „Normativen“) ist im Unternehmen ein Lohn- und Stimulierungsfonds zu bilden, der zur Auszahlung von Arbeitseinkommen einschließlich Prämien und daneben kollektiven Wohlfahrtszwecken sowie Investitionen dienen soll.
- Inwieweit die Orientierung an Rentabilitätsprinzipien, also auch die Kosten-Ertragsrechnung auf ökonomisch aussagefähigen Preisen basieren wird, welche die Produktions- und Nachfragebedingungen berücksichtigen, bleibt offen. Hinsichtlich der Preisbildung wird lediglich darauf hingewiesen, daß neben zentral festgesetzten Preisen auch zwischen den Unternehmen Vertragspreise, die von den Behörden zu kontrollieren sind, und darüber hinaus sogar für die landwirtschaftliche Überplanproduktion freie Preise gebildet werden sollen. Auch über weitere monetäre Lenkungs-

7 F. Levčik, Neue Impulse für eine Wirtschaftsreform in der Sowjetunion, Wirtschaft und Gesellschaft, Wien 3/1986.

8 Prawda (Parteizeitung der KPdSU) v. 8.2.1987.

strumente wie etwa Steuern, Zinsen, Wechselkurse werden nur sehr vage Andeutungen gemacht.

- Um „die Monopolstellung der Unternehmen zu begrenzen“ und eine „vollere Befriedigung der Verbrauchernachfrage nach qualitativ hochwertigen und konkurrenzfähigen Produkten (Arbeiten, Dienstleistungen) mit geringsten Aufwendungen“ zu gewährleisten, wird im Entwurf der „wirtschaftliche Wettbewerb als wichtigste Form des „sozialistischen Wettbewerbs“ postuliert. Demselben Ziel folgend soll die bisher praktizierte zentrale Zuteilungswirtschaft von Produktionsgütern („material-technische Versorgung“) auf „Großhandel“ umgestellt werden. Und schließlich ist die Position des Abnehmerbetriebes beziehungsweise des Konsumenten, wie bereits in den Experimenten betont wurde, mit Hilfe von Lieferverträgen zu verstärken.
- Im außenwirtschaftlichen Bereich werden „direkte kommerzielle Verbindungen“ mit den ausländischen Export- und Importfirmen empfohlen, und zwar sowohl mit westlichen Unternehmungen als auch mit östlichen Organisationen. Generell soll der sowjetische Produktionsbetrieb (und nicht nur die bisher zum Außenhandel allein befugten Monopolgesellschaften) an den Ergebnissen der Handelsoperationen interessiert werden, indem die entsprechenden Kosten und Erträge in die betriebliche Gewinn-Verlustrechnung einfließen.
- Der erweiterte Finanzierungsspielraum der Unternehmen wird durch die fortdauernde Einbindung in die zentrale Planung eingeschränkt: „Die Unternehmen erarbeiten Pläne und schließen Verträge in Übereinstimmung mit den Kontrollziffern, den langfristigen ökonomischen Normativen, den staatlichen Aufträgen (all das wird auf zentraler Ebene festgelegt) und auch den Bestellungen der Abnehmer“. Die Vereinbarungen auf „horizontaler Ebene“ bleiben also lediglich ein ergänzendes Instrument zu den nach wie vor „vertikal“ von oben laufenden Planaufgaben.
- Besondere Aufmerksamkeit wird betriebsdemokratischen Elementen gewidmet: Die Hauptform der Entscheidungsteilnahme steht der Vollversammlung des Betriebskollektivs zu; hier wird die Tätigkeit der Betriebsleitung erörtert sowie ein „Rat des Arbeitskollektivs“ für zwei bis drei Jahre in offener Abstimmung gewählt; dieser Belegschaftsrat hat die Durchführung der Beschlüsse der Vollversammlung zu kontrollieren sowie in wirtschaftlichen und sozialen Fragen mitzuwirken. Entstehen Meinungsverschiedenheiten zwischen Direktion und Rat, dann ist das Problem der Vollversammlung vorzulegen. Die Rekrutierung der Führungskräfte - vom Brigadeleiter und Meister bis zu den Direktoren - hat dem „Prinzip der Wählbarkeit“ zu entsprechen (wie die Wahlen dieser leitenden Mitarbeiter erfolgen soll, wird nicht ausgeführt).

Dem vorliegenden Entwurf über das staatliche Unternehmen ist auf den ersten Blick anzusehen, daß „Glasnost“ und „Perestrojka“ auch im ökonomischen Bereich keine leeren Worte bleiben. Die erweiterten Entscheidungskompetenzen der Betriebe, die Demokratisierung der betrieblichen Entschei-

dungen, der zur Verbesserung der Konsumentenversorgung dienende Wettbewerb zwischen den Produktionsunternehmen, der Einsatz ökonomisch sinnvoller Instrumente unter Berücksichtigung sozialer Belange - all das sind längst fällige Reformschritte, die zur Überwindung der Systemschwächen beitragen könnten.

Die Schwachpunkte der bisherigen Reforminitiativen unter Gorbatschow

Es soll jedoch nicht verschwiegen werden, daß im Zusammenhang mit der jüngst verabschiedeten Unternehmensverfassung eine Reihe von Fragen offenbleibt, die auf ungelöste Probleme hindeuten. Vor allem ist das beste Betriebsverfassungsgesetz allein nicht in der Lage, die Funktionsweise des Wirtschaftssystems grundlegend zu verändern, so lange die mikroökonomische Reform nicht mit einer Reform auf makroökonomischer Ebene einhergeht. Erst ein Paket volkswirtschaftlicher Regeln und Instrumente kann die erforderlichen Rahmenbedingungen schaffen, die zu sozialökonomisch wünschenswerten Resultaten führen. Zu denken ist dabei an Maßnahmen im Bereich der Fiskal- und Geldpolitik sowie der Preis-, Einkommens- und Außenhandelspolitik in breiterem Sinn als dies in einer Betriebsverfassung zum Ausdruck kommen kann.

Eine zweite Schwierigkeit liegt, darin, daß in dem vorliegenden Entwurf neben den genannten positiven Elementen etliche Überbleibsel des traditionell befehlsartigen Planzentrismus durchschimmern: So wird beispielsweise an güterwirtschaftlichen Planaufgaben „von oben“ festgehalten. Ferner wird der Betrieb hinsichtlich der Gewinnverwendung allzu sehr eingeeengt. Schließlich sind einige Formulierungen widersprüchlich (so zum Beispiel das Festhalten am Prinzip der „Einzelleitung“ einerseits und die Einführung einer „sozialistischen Selbstverwaltung des Arbeitskollektivs“ andererseits) oder allzu vage, um keine eindeutige Interpretation zuzulassen (so die Wechselbeziehungen zwischen den betrieblichen Parteigliederungen, der Gewerkschaftsorganisation, den Selbstverwaltungsorganen und dem Management).

Man kann mit Fug und Recht davon ausgehen, daß die angedeuteten Schwachpunkte der bisherigen Reformansätze auf unterschiedliche Positionen zurückzuführen sind, die in wirtschaftswissenschaftlichen Veröffentlichungen nachgelesen werden können. Dies kann allerdings nicht überraschen. Die Erfahrungen aller Reformdiskussionen in den sozialistischen Ländern deuten darauf hin, daß die Überwindung alter Denkschemen nur sehr mühselig vorankommt. Bisher hat allein eine politisch und ideologisch freiere Atmosphäre, in denen eine argumentative, auf empirischen Entwicklungen basierende Auseinandersetzung möglich geworden ist, den Erkenntnisprozeß vorangebracht: Dies galt für Warschau, Budapest und Prag ebenso wie für Peking und nicht zuletzt für Moskau. Es ist daher lohnend, Auffassungen sowjetischer Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler wiederzugeben, die im Klima der „Glasnost“ an Gewicht gewonnen haben. Man kann annehmen, daß

die reformfreundlichen Kräfte in der politischen Führung um Gorbatschow einige dieser begrüßenswerten Anregungen im Zuge einer generellen Reform des wirtschaftlichen Lenkungssystems - in der dortigen Terminologie des „ökonomischen Mechanismus“ - aufnehmen werden.

Allen Äußerungen der sowjetischen Autoren ist die schonungslose Kritik an der Vergangenheit gemeinsam⁹. Die Offenheit, mit der die empirischen Daten präsentiert und interpretiert werden, hebt sich wohltuend von der früheren, für den Stalinismus typischen Geheimniskrämerei ab. Auch die Diagnose der systembedingten Funktionsschwächen wird von den meisten Autoren gleichermaßen vorgetragen. Die Verschwendung der eingesetzten Ressourcen - der Arbeitskräfte und Produktionsmittel -, das Vorbeiproduzieren am Bedarf auf allen Entscheidungsebenen - von der Erzeugung bis zum Verbrauch -, das Ausbleiben notwendiger technologischer Neuerungen - der Produkt- sowie Verfahrensinnovationen -, all das ist eine notwendige Folge des administrativen Planzentrismus. Zum einen ist die Zentrale überfordert, wenn sie die Informationsflut bewältigen soll, zum anderen bestehen in diesem System interessenbedingte Konflikte zwischen den Zentralinstanzen und den Betrieben, zwischen den Produzenten und den Konsumenten (diese Diagnose entspricht übrigens haargenau den Thesen der Reformökonomien, die in den fünfziger und sechziger Jahren in Polen, der Tschechoslowakei, der DDR und in Ungarn eine Dezentralisierung und Demokratisierung der administrativen Planwirtschaft forderten). In traditionell marxistischen Kategorien ausgedrückt: Es gilt, den Widerspruch zwischen den gehemmten Produktivkräften - dem wünschenswerten Wirtschaftswachstum - und den alten Produktionsverhältnissen, welche diese Hemmnisse verursachen - dem zentralistischen Lenkungssystem - auf zuheben.

Widerstreitende Lösungskonzepte

Unterschiede zwischen den einzelnen Positionen tauchen erst dann auf, wenn es um Lösungskonzepte geht. Bei einer zugegebenermaßen groben Unterteilung können zwei Hauptströmungen auseinandergelassen werden: eine minderheitlich vertretene marktorientierte Richtung, die an Stelle des alten Planzentrismus einen „planmäßig regulierten Markt“ einführen möchte, und schließlich die zahlenmäßig dominierende, jedoch keineswegs homogene Strömung, die das zentrale Planungssystem mit Hilfe dezentraler und monetärer Elemente - mittels „Ware-Geld-Beziehungen“ - rationeller gestalten („vervollkommen“) will. In dieser für den Außenstehenden nicht immer deutlichen Auseinandersetzung spiegelt sich die bereits drei Jahrzehnte andauernde Kontroverse im Realsozialismus wider, die an den unterschiedlichen Systemtypen Ungarns und der DDR festgemacht werden kann. (Daß es im Selbstverständnis der ungarischen Reformer keineswegs um eine Übernahme der kapitalistischen Marktwirtschaft geht, braucht hier nicht

⁹ Es reicht, die in den vergangenen zwölf Monaten veröffentlichten Aufsätze in den Fachzeitschriften „Woprosy ekonomiki“ und „Planowoje chosjajstwo“ nachzulesen.

weiter ausgeführt zu werden). Zu den beiden widerstreitenden Konzeptionen seien hier einige kennzeichnende Äußerungen sowjetischer Theoretiker wiedergegeben.

Mit ihrem bahnbrechenden Beitrag hat die in Nowosibirsk wirkende Wissenschaftlerin Tatjana Saslawskaja bereits unter Andropow (1984) ihre sozial-ökonomischen Argumente zugunsten einer radikalen Systemreform klargestellt. Ihr umfassend untermauerter Kernsatz lautet: „Die während der letzten Fünfjahrpläne aufgetretene und sich unaufhaltsam verstärkende Vertiefung regionaler, branchenbezogener und ökonomischer Disproportionen in der Volkswirtschaft der UdSSR bezeugt klarer als irgend etwas anderes, daß die Möglichkeiten der zentral-administrativen Wirtschaftsführung erschöpft sind, daß es notwendig ist, aktiver ‚automatische‘ Regulatoren in Verbindung mit dem Ausbau von Marktbeziehungen für die Sicherstellung einer gleichgewichtigen Produktion zu nutzen.“¹⁰

Nicht ganz so deutlich, jedoch in der gleichen Richtung argumentiert das Akademiemitglied Aganbegjan, einer der engsten Berater von Gorbatschow. Die „Vervollkommnung des Wirtschaftsmechanismus“ ist nach seiner Meinung neben der Wachstums- und Strukturpolitik sowie der Sozialpolitik das Hauptaktions- und Problemgebiet der sowjetischen Wirtschaftspolitik. Die bisherigen Reformschritte - die Verlagerung der Entscheidungen auf die Unternehmen und die Erweiterung deren Finanzierungsspielräume - bewertet er als lediglich erste Schritte, auf die eine radikale Reform folgen müsse; diese hätte drei Reformelemente zu beinhalten: 1. eine Umgestaltung des Preis-, Finanz- und Kreditsystems, 2. eine umfassende Ablösung des administrativen Zuteilungssystems durch den Großhandel mit Produktionsmitteln, und 3. die Herstellung von Direktbeziehungen zwischen den Unternehmen.¹¹

Die Mehrheit der in wissenschaftlichen Institutionen beschäftigten Nationalökonomien, deren Einfluß in den Beratergremien nicht zu unterschätzen ist, befürwortet eine eher partielle „Vervollkommnung“ der zentralen Planwirtschaft. Die Auffassungen von zwei typischen Repräsentanten dieser Strömung seien kurz referiert. Der Direktor des Forschungsinstituts bei der Staatlichen Plankommission Kiritschenko betont einerseits die Notwendigkeit „horizontaler Beziehungen“ zwischen Abnehmer- und Zulieferbetrieben, nachdem die Weisungsinitiativen bislang allein von oben erfolgt wären. Das Zentrum habe jedoch nach wie vor unersetzliche Funktionen zu erfüllen: so etwa die Entscheidungen über den Strukturwandel, über Ressourcen und deren Limitierung, über Zielprogramme. An Stelle von Mengenkennziffern soll nach Kiritschenko „das entscheidende Augenmerk auf zwischenzweigliche Lieferkennzahlen in Natural- und Wertform gerichtet werden“. Die Betriebe müßten bei der Ausarbeitung der staatlichen Pläne aktiver mitarbeiten. Und schließlich

10 Nachdruck der „Studie von Nowosibirsk“, verfaßt von T. Saslawskaja, in: Osteuropa 1/84, S. A 4 - A 25, hier S.A7.

11 Woprosy ekonomiki, 2/1987, Literaturnaja gazeta (Interview) v. 18. 2.1987.

seien - so der Autor - ökonomische Instrumente wie Preise, Kredite, Normative und Abgaben den gegenwärtigen Bedingungen entsprechend zu entwickeln. Wie das geschehen soll, wird nicht thematisiert.¹²

Professor Pawel Bunitsch, Leiter des „Forschungslabors beim Ministerrat der UdSSR“, beschäftigt sich in einigen Aufsätzen mit Fragen der monetären Lenkungsinstrumente. Die von ihm befürworteten Prinzipien der kostendeckenden Finanzgebarung sowie der auf der Grundlage von Normativen regulierten Gewinnverwendung auf Unternehmensebene scheint im oben skizzierten Gesetzentwurf bereits berücksichtigt zu sein. Bunitsch plädiert für differenzierte Subventions- und Abschöpfungssätze zu Beginn der Reform, da die technologischen Ausgangsbedingungen in den einzelnen Unternehmungen unterschiedlich seien. Jedoch: Können die übergeordneten Planungsinstanzen diese Unterschiede „objektiv“ messen? Auch die kreditpolitischen Vorschläge von Bunitsch klingen eher planzentralistisch als marktorientiert. Selbst wenn der Verfasser der zentralen Detailplanung verbal eine Absage erteilt, so will er offensichtlich ähnlich wie Kiritschenko in Teilbereichen zentrale Weisungen über Produktionsmengen beibehalten.¹³

Zögernde Zustimmung von der Basis

Bislang wurde den theoretischen Auseinandersetzungen über mögliche Reformkonzeptionen besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Bedeutet das nun, daß über das Schicksal der ökonomischen „Perestrojka“ allein in den Gelehrtenstuben entschieden wird? Daß sich ein erheblicher Teil der Bürokratie den Reformvorstößen widersetzt, hat Gorbatschow wiederholt betont. Wie steht es aber um die Haltung der Arbeitenden in den Betrieben zu der angestrebten Umgestaltung?

Zunächst ist einzuräumen, daß die Reforminitiativen bislang von der politischen Führung und deren Beratern gekommen ist. Arbeiter und Angestellte sowie deren Gewerkschaften haben auch keine entscheidende Rolle gespielt, nachdem die Perestrojka auf die Tagesordnung gesetzt worden war. Es ist jedoch nicht verwunderlich, daß die breiten Schichten der sowjetischen Bevölkerung Wirtschaftsreformen gegenüber eher abwartend, wenn nicht skeptisch gegenüberstehen. Denn erstens haben frühere Reformmaßnahmen - ob sie nun unter Chruschtschow, Breschnew oder Andropow eingeleitet wurden - keine spürbare Anhebung der materiellen Lage der Sowjetbürger gezeitigt. Und zweitens hat das alte System gewisse Sicherheiten geschaffen, die durch eine Reform möglicherweise gefährdet wären: die Sicherheit des bestehenden Arbeitsplatzes, allerdings unabhängig davon, ob für die dort hergestellten Produkte, Warensortimente und Qualitäten ein echter Bedarf besteht; ferner das Vorhandensein fester Preise auf relativ niedrigem Niveau für Massenbedarfsgüter und einige grundlegende Dienstleistungen, freilich ohne Rücksicht auf Subventionen, die der Steuerzahler tragen muß. Mehr Aufklärung über die

¹² Kommunist 13/1986.

¹³ Ekonomitscheskaja gazeta 48/1986; Ekonomika i matematitscheskije metody, 4/1986.

nur scheinbaren Vorteile des alten Systems, die der Produzent als Konsument mehrfach verliert, wäre zwar wichtig, reicht jedoch keineswegs aus. Unter zwei Bedingungen könnten größere Teile der Arbeiterschaft für eine aktive Reformpolitik gewonnen werden: Wenn sich zum einen für den Arbeiter höhere Anforderungen an seine Arbeitsleistung materiell lohnten, und wenn sich zum anderen die Versorgung der Bevölkerung nach Einleitung der Reformschritte - anfangs zumindest auf dem Nahrungsmittelsektor und bei kleingewerblichen Dienstleistungen - spürbar verbessern würde.*

Nachtrag

Im vergangenen Monat hat der Ruf nach einer systemweiten Wirtschaftsreform in der Sowjetunion an Stärke zugenommen, der Gesetzentwurf zur Betriebsverfassung¹⁴ hat Gesetzeskraft erlangt.¹⁵ Der zunehmende Reformdruck sei hier stichwortartig durch die folgenden, von den sowjetischen Massenmedien verbreiteten Äußerungen und Ereignisse belegt¹⁶:

- Gorbatschow hat am 25. Juni 1987 anlässlich einer Plenartagung des ZK „Kommando- und Administrationsformen der Lenkung von Wirtschaft und Gesellschaft“ eine lautstarke Absage erteilt. Die Befugnisse der Zentralbehörden seien radikal einzuschränken, dem „noch zählebigen Stil der Tätigkeit auf den verschiedensten Gebieten, den Versuchen, die Perestrojka einzufrieren“ sei entschieden entgegenzuwirken.
- Radikal-kritischen Positionen des Philosophen Butenko und des National-ökonomen Schmelew wird ungewöhnliche Aufmerksamkeit gewidmet: Ersterer prangert den Bürokratismus, der in der Stalin-Ära den Kasernen-Kommunismus förderte, an und postuliert eine radikale Verlagerung der Kompetenzen vom Zentrum auf selbstverwaltete Kollektive; der andere will Wettbewerbsmärkte auf dem Konsumgüter- und Dienstleistungssektor, Investitionsgüter- und Wertpapiermärkte, ja sogar Arbeitsmärkte, wobei eine Art Sockelarbeitslosigkeit in Kauf zu nehmen wäre (letzteres „Instrument“ wird von Gorbatschow freilich abgelehnt).
- Am 30. Juni verabschiedete der Oberste Sowjet das Unternehmensgesetz zur „Umgestaltung der Leitung der Wirtschaft“. Zusätzlich zu den oben erwähnten Erläuterungen sind zwei Aspekte, die in der westlichen Presse herausgestellt werden, nicht zuletzt auf Grund der kommentierenden Rede des Ministerpräsidenten Ryschkow, zu nennen: einmal der Verzicht auf jährliche Planvorgaben, die den Betrieben als Plansoll bislang auferlegt wurden, zugunsten von gemeinsam zu erarbeitenden Fünfjahrplänen; zum

* Das Manuskript dieses Beitrages ist Anfang Juni beendet worden und nimmt im nun folgenden Nachtrag neuere Entwicklungen auf.

14 Vgl. Anmerkung 8.

15 Gesetz über das staatliche Unternehmen, verabschiedet vom Obersten Sowjet der UdSSR am 30. 6. 1987. (Das Gesetz soll in Teilbereichen zum 1.1.1988 in Kraft treten und im Laufe von 2 Jahren auf die gesamte Sowjetwirtschaft ausgedehnt werden.)

16 Vgl. dazu u. a. die Berichterstattung der Frankfurter Rundschau, der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, der Berliner taz und des Spiegel.

anderen die ins Auge gefaßte Beschneidung der zentralen Regierungsapparate (in den 15 Unionsrepubliken gibt es derzeit an die 800 Ministerien!).

Ungeachtet dieser optimistisch anmutenden jüngsten Entwicklungen kann an einer kritischen Einschätzung der Gorbatschowschen Reformperspektiven festgehalten werden.

Berücksichtigt man die bisher realisierten Reformmaßnahmen, die unterschiedlichen Auffassungen sowjetischer Wirtschaftswissenschaftler, die Widerstände der Bürokratie und nicht zuletzt den bislang ausbleibenden Druck der Basis, dann scheint eine umfassende „Perestrojka“ des sowjetischen Wirtschaftssystems noch nicht in Sicht zu sein. Es bestehen durchaus Zweifel daran, ob die bisherigen Maßnahmen die angestrebte Wende vom extensiven zum intensiven Wachstum herbeiführen können. Möglicherweise wird sich jedoch bei andauernden Schwierigkeiten und zunehmendem Reformdruck die Einsicht der Theoretiker sowie der Politiker in der Sowjetunion allmählich durchsetzen, daß nur eine radikale Abkehr vom zentral-administrativen Planungssystem alter Prägung zum wünschenswerten Erfolg führen kann.
